



HESSISCHER LANDTAG

29. 10. 2019

KPA

Dringlicher Berichts Antrag

**Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Karin Hartmann (SPD),
Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Öffentlich geförderte Weiterbildung und geplante Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen

Volkshochschulen und freie Weiterbildungsträger in Hessen befürchten, dass durch die geplante Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen künftig für alle Angebote, die nicht der beruflichen Weiterbildung dienen, u.a. allgemeinbildende und gesellschaftspolitische Weiterbildungen, eine Umsatzsteuer erhoben werden müsse und dies zu einer Anhebung von Kursgebühren führen würde, die gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen ein Teilhabehemmnis darstellen könnte. Die Weiterbildungsträger argumentieren, dass der Gesetzgeber unmissverständlich deutlich machen müsse, dass auch weiterhin solche Leistungen der Weiterbildung von der Umsatzsteuer befreit sind, die der gemeinwohlorientierten Allgemeinbildung dienen, also insbesondere dem Erwerb oder der Steigerung wirtschaftlicher, politischer, kultureller, sprachlicher, ökologischer, gesundheitlicher, sozialer, pädagogischer, personaler oder kommunikativer Kompetenzen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Weiterbildung (allgemein)

1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt die Landesregierung im Bereich der beruflichen und der allgemeinen gesellschaftlichen Weiterbildung?
2. Wie definiert sie „berufliche Weiterbildung“ und wie grenzt sie berufliche Weiterbildung von allgemeiner Weiterbildung ab?
3. Wie hoch ist der Weiterbildungsbedarf in Hessen nach Einschätzung der Landesregierung?
4. In welchem Umfang werden nach Informationen der Landesregierung öffentlich geförderte Weiterbildungsangebote genutzt?
5. Wie hat sich die Weiterbildungsbeteiligung in den letzten 10 Jahren entwickelt? Wie hoch ist der Anteil im Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung (bitte nach Alter, Geschlecht, Einkommen und mit bzw. ohne Migrationshintergrund aufschlüsseln)?
6. Welche Pläne bzw. Vorstellungen hat die Landesregierung zur Fortsetzung des Weiterbildungspakts zwischen dem Land und den öffentlichen und freien Trägern (2017 bis 2020), der im nächsten Jahr ausläuft?
7. Finden bereits Gespräche mit den Trägern zur inhaltlichen Ausgestaltung eines neuen Weiterbildungspaktes statt und wenn ja, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?
8. Sieht sie die im Rahmen des Pakts für den Zeitraum 2017 bis 2020 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 12 Mio. € als ausreichend an und wenn ja, warum? Wenn nein, ist eine Erhöhung der Mittel geplant bzw. kann sie sich einen Aufwuchs vorstellen? Wenn ja, in welcher Höhe?

II. Geplante Umsatzsteuerreform

9. Wie steht sie zur Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen?
10. Wie beurteilt sie die geltende Steuerbefreiungsregelung in § 4 Nr. 22 a UStG?
11. Welche Schlüsse zieht sie aus dem EuGH-Verfahren C-449/17 (A&G Fahrschul Akademie) für die Weiterbildung?
12. Welche Position vertritt sie bezüglich der von der Bundesregierung angestrebten Reform der Umsatzsteuerbefreiung, die am 20.09.2019 im Bundesrat beraten wurde?
13. Hat sie die Initiative der Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im Bundesrat unterstützt, die eine Überprüfung der Reform vorsah und der sich die Bundesländer Berlin, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Saarland angeschlossen haben?
14. Welche Schritte hat sie unternommen oder plant sie, um sicherzustellen, dass der Zugang zu Angeboten des lebenslangen Lernens diskriminierungsfrei erhalten bleibt?
15. Was unternimmt sie, um sicherzustellen, dass keine Gruppe der Weiterbildungsinteressierten umsatzsteuerlich diskriminiert wird?
16. Welche konkretisierenden Regelungen sind aus Sicht der Landesregierung erforderlich, um den Anliegen der Weiterbildungsträger zur Sicherstellung der Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsleistungen Rechnung zu tragen?

Wiesbaden, 29. Oktober 2019

Christoph Degen
Kerstin Geis
Karin Hartmann
Manuela Strube
Turgut Yüksel

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser